am 13. Februar

solidarisch. feministisch. grün.



Spitzenkandidat_innen für die Grossratswahlen:

Jelena Filipovic Natalie Imboden **Hasim Sancar** Rahel Ruch Regula Bühlmann

STAND •

Hasim Sancar und Natalie Imboden

Legislaturbilanz Grosser Rat: Grün wirkt

MITTEL

Grossratswahlen 2022

Das sind unsere topmotivierten Kandidat_innen

SICHT.

Junge Alternative

Unbequeme Politik für unsere Zukunft Der Klimaschutzartikel in der Berner

September 2021 mit 63.9 % sehr deut-

Kantonsverfassung wurde im

Legislaturbilanz Grosser Rat: Grün wirkt

Die GRÜNEN haben im Kanton den Abbau in der Sozialhilfe und Steuergeschenke für Grosskonzerne verhindert. Die Solar-Initiative macht nun Druck beim Klimaschutz. Bei den Wahlen Ende März braucht es mehr GRÜNE!

Die Verankerung des Klimaschutzes in der Berner Kantonsverfassung ist ein grosser Erfolg der GRÜNEN. Dank der im November eingereichten Solar-Initiative sollen bis 2040 alle geeigneten Dächer und Fassaden Strom produzieren. Mit dem Ausbau der Solarenergie kann der Kanton Bern zum Solarkanton werden.



Für eine ökologischere Motorfahrzeugsteuer

2013 wurde die Motorfahrzeugsteuer im Kanton Bern um einen Drittel gesenkt, was ein ökologischer Unsinn ist. Heute sind schwere Autos steuerlich bevorzugt und es gibt einen Flottenrabatt. Mit der aktuellen Revision werden neu Fahrzeuge nach Gewicht und CO2-Emissionen besteuert und somit ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Es braucht deshalb ein Ja zum Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge am 13. Februar.

Sozialabbau und Liberalisierungsprojekte gestoppt

Mehrmals hat die Berner Bevölkerung Entscheide der rechtsbürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat korrigiert. So haben Referenden Steuergeschenke für Grosskonzerne, den Abbau bei der Sozialhilfe und eine weitere Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten verhindert. Die Privatisierung des Energieversorgers BKW wurde bereits im Kantonsparlament gestoppt.

Höchste Zeit für einen klimafreundlichen und sozialen Kanton Bern

Die Corona-Pandemie hat die Wichtigkeit eines guten Service Public mit einer starken Gesundheitsversorgung gezeigt. Auch das deutliche Berner Ja zur nationalen Pflege-Initiative zeigt, wo der Schuh drückt. Die Krise hat soziale Ungleichheiten verschärft. Es braucht daher in der nächsten Legislatur eine wirksame Bekämpfung der Armut, bessere Bedingungen in der Pflege und mehr Anstrengungen bei der gesellschaftlichen Integration. Das aktive Wahl- und Stimmrecht für 16-Jährige kommt dank einem Vorstoss der GRÜ-NEN zur Volksabstimmung. Dieses braucht es auch für Menschen ohne Schweizer Pass.

Hasim Sancar, Grossrat GRÜNE Kanton Bern Natalie Imboden, Grossrätin und Präsidentin GRÜNE Kanton Bern

Abstimmungen vom 13. Februar

- JA zur Teilrevision der Gemeindeordnung (Variante 1): Neuordnung der finanziellen Steuerung und des Berichterstattungssystems sowie des stadträtlichen Kommissionswesens
- JA zur Teilrevision der Bauordnung: Nutzung von Zweitwohnungen in der Altstadt
- JA zur Gesamtsanierung Wysslochgut und Einbau Tagesschule: Baukredit

Kantonal

• JA zur Änderung des Gesetzes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge (BSFG)

- **NEIN** zur Tierversuchsverbots-Initiative
- JA zur Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung»
- NEIN zur Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben
- JA zum Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien



«Weil das kurzfristige Vermieten von Business-Apartments profitabler ist, verschwindet permanenter Lebensraum für Einwohner_innen. Dabei ist der Mangel an Wohnraum ein reales Problem. Weniger Wohnraum bedeutet höhere Mieten und führt zu Gentrifizierung und Verdrängung. Dies schwächt die solidarische Wohnkultur, die von Begegnungen und dem Engagement der Bewohner_innen - der Berner_innen - lebt.»

Nachbar_innen statt Airbnb-Profiteure

Kern einer solidarischen Stadtkultur sind lebendige Quartiere und eine aktive Nachbarschaft. Wohnraum soll von Einwohner_innen belebt werden - es kann nicht sein, dass kommerzielle Untervermietungen von Zweitwohnungen Mieten in die Höhe treiben und die Wohnungsnot in der Stadt Bern befeuern. Deshalb Ja zur Teilrevision der Bauordnung «Nutzung von Zweitwohnungen in der Altstadt».

Der Mangel an günstigem Wohnraum in der Stadt Bern ist bekannt. Dennoch hat in den letzten Jahren die kommerzielle Ausschlachtung von Zweitwohnungen durch temporäre Untervermietungen zugenommen. Im Juni 2020 waren allein auf Airbnb 70 Angebote ausgeschrieben – das entspricht 2,5 % aller Wohnungen der Berner Altstadt. Nur selten ist die temporäre Untervermietung eine Nebeneinkunft von Einwohner_innen. Im Normalfall sind es Eigentümer_ innen, die mit der Vermietung von möblierten Wohnungen oder Business-Apartments an bester Lage Profite machen.

Lebenswerte Städte sind bewohnt und durch Austausch sowie Begegnungen zwischen Nachbar_innen geprägt. Deshalb sind bereits heute in der oberen und unteren Altstadt Gebäudeanteile als Wohnraum deklariert und dürfen nicht kommerziell genutzt werden. Regelmässige temporäre Untervermietungen von Zweitwohnungen untergraben diesen Ansatz. Diese Teilrevision der Bauordnung ist ein erster wichtiger Schritt gegen die Kommerzialisierung des Stadtberner Wohnraums.

Die GB/JA! Fraktion hat sich für eine Verschärfung der Vorlage eingesetzt, damit die heutigen Anbieter_innen von Zweitwohnungen nicht durch die Besitzstandsgarantie bevorzugt werden. Im Rat war dies leider nicht mehrheitsfähig - wir kämpfen dennoch weiter für ein Recht auf günstigen Wohnraum für alle.

Jelena Filipovic, GB-Stadträtin und GB-Geschäftsführerin



nung erhitzen sich im Stadtrat die Gemüter. Klar ist: Der Bedarf ist hoch. Wo aber Schulhäuser bauen? Lieber nicht vor meiner Haustür: der Grünraum, die schöne Aussicht, der Kinderlärm... Dass im Wyssloch ein schon bestehendes Gebäude umgenutzt werden kann, ist deshalb ein Glücksfall. Umnutzung statt Neubau – in diesem Sinn ist die Tagesschule Wyssloch zukunftsweisend.»

Kinder ins Bauernhaus: Ja zur neuen Tagesschule Wyssloch

Am 13. Februar entscheidet die stimmberechtigte Bevölkerung der Stadt Bern über einen Kredit von 10.7 Millionen Franken. Ein Bauernhaus im Wyssloch soll saniert und zu einer Tagesschule umgebaut werden. Diese Investition lohnt sich.

Im Osten von Bern liegt die lärmigste Strasse der ganzen Schweiz: die Giaccomettistrasse an der Autobahnauffahrt. Von Lastwagen- und Autoverkehr sind auch die umliegenden Strassen stark belastet. Ist der Osten von Bern eine unwirtliche Gegend? Nicht nur. Unweit der Autobahnausfahrt findet sich eine fast ländliche Idylle: An der Laubeggstrasse 111 steht das denkmalgeschützte Bauerngut Wyssloch - gebaut vor 400 Jahren. In diesem Bauernhaus soll eine Tagesschule für 180 Kinder entstehen. Das Haus liegt im Grünen, abseits der Strasse. Es wird so umgestaltet, dass Räume entstehen, die den Bedürfnissen der Schulkinder gerecht werden: Spielzimmer, Rückzugsräume, Lernorte und Büros im Wohnteil, Küche und Essraum im Wirtschaftstrakt. In der Küche wird das

Essen nicht bloss gewärmt, sondern frisch gekocht. Der naturnahe Aussenraum ist ein attraktiver Spiel-

Einiges wird unternommen, um das Haus ökologisch und energetisch zu verbessern: Eine Photovoltaik-Anlage kommt auf das Dach, für Warmwasser und Heizung werden erneuerbare Energien eingesetzt.

Ein Paradies für die Schulkinder! Aber die Sanierung des Hauses kostet viel Geld. Auch die ökologische Optimierung und der Umbau sind teuer. Damit neu hunderte Quartierkinder im Bauernhaus essen, spielen, lernen, Pause machen können, lohnen sich die Investitionen ganz gewiss.

Franziska Geiser, GB-Stadträtin



04.01.4 1970, Präsidentin GRÜNE Kanton Bern, Generalsekretärin Mieterverband Schweiz

«Das Pflegepersonal verdient mehr! Jetzt müssen die Löhne und Anstellungsbedingungen verbessert werden.»

bisher



04.02.2 1960, Leiter Beratungsstelle Pro Infirmis Bern-Stadt Wahlrecht ab 16 Jahren den Jungen eine Stimme geben.»

bisher



1977, Zentralsekretärin SGB, Stadträtin, Co-Fraktionspräsidentin GB/JA! «Kinder- und Betagtenbetreuung ist nicht Privatsache, sondern eine kantonale Verantwortung!»



04.04.9 1992, Klimaaktivistin, Stadträtin, Geschäftsführerin GB Erderwärmung auf 1.5 Grad zu begrenzen. In dieser Legislatur müssen wir dringend mutiger handeln!»



04.05.7 1986, Geschäftsleiterin Koalition für Konzernverantwortung, Stadträtin, Co-Präsidentin GB «Günstige Wohnungen statt fette Gewinne!»

ARMUT BEKÄMPFEN STATT REICHE BESCHENKEN



04.11.1 1982, Leiterin Plattform Friedensförderung KOFF, Stadträtin und konsequent grüne Perspektive für den Kanton Bern!»



04.12.0 1976, Biologin, Bereichsleiterin BFS. Stadträtin «Für einen Kanton, der sich konsequent für die Schwächsten der Gesellschaft, das Klima und den Artenschutz einsetzt.»



04.13.8 1975, Lehrerin/Dozentin, Stadträtin «In der Klimakrise brauchen wir linke Antworten darauf, wie wir in Zukunft arbeiten, wohnen, reisen und essen.»



04.14.6 1987, Projektleiterin seecon/ cewas, Vorstand Multiwatch «Fairness auf allen Ebenen: Gleichstellung, Solidarität und Klimagerechtigkeit.»



04.15.4 1984, Schulische Heilpädagogin, Stadträtin «Bildung und Betreuung sind zentrale Grundpfeiler der . Chancengerechtigkeit für Kinder und ihre Eltern.»

KLIMAKRISE BEKÄMPFEN
STATT AUTOBAHNEN AUSBAUEN



04.06.5 1981, Wissenschaftliche Mitarbeiterin Gleichstellung Uni Bern, Stadträtin, Co-Präsidentin GB «Armut bekämpfen statt Reiche beschenken!»



04.07.3 1984, Sekretärin Advokatur 4a, Stadträtin, Co-Fraktionspräsidentin GB/IA! «Gegen politisch motivierte Polizeieinsätze - für eine parlamentarische Kontrolle der Kantonspolizei.»



04.08.1 1990, Architekt je: für Chancengleichheit, den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und eine aktive Bodenpolitik.»



04.09.0 1981, Bereichsleitung Hochschulpolitik swissuniversities «In einer Zeit von strukturellem Wandel braucht es eine konsequent linke Finanz- und Sozialpolitik.»



04.10.3 1989, Althistoriker und Geschlechterforscher «Für eine wissenschaftsbasierte Politik, die das Leben über Profite stellt.»

CARE-ARBEIT AUFWERTEN STATT SPITÄLER PRIVATISIEREN



04.16.2 1984, Geschäftsführer VCS Bern, Präsident Campax «Klima, Umwelt, Chancengleichheit – wer diese Herausfor-derungen mutig anpackt, bringt die Gesellschaft weiter!»



04.17.1 1992, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Stadträtin «Der Kanton Bern ist wunderschön. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass er es für alle Menschen und auch für zukünftige Generationen bleibt.»



04.18.9 1991, Assistenzärztin «Grüne Politik: zukunftsfähig, Klimaschutz und Chancengleichheit.»



04.19.7 1975, Projektleiter/Berater Bildungspolitik, Vize-Präsident GB «Gute Schulbildung ist ein Schlüssel für mehr Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Solidarität.»



04.20.1 1972, Kunstdozent, Sounddesigner «Die wenigsten Probleme hören an der Stadt- oder Kantonsgrenze einfach auf: There is no planet BE.»



Ja zur Förderung der Medienvielfalt

Das nationale Parlament hat ein Medienförderungspaket geschnürt, das zwar nicht die Demokratie rettet, aber kleinen Online-Projekten helfen kann. Gerade in Bern ist jedes bisschen zusätzliche Medienvielfalt unbedingt zu begrüssen.

In Bern lässt sich die Neoliberalisierung der Konzernmedien mit der schrittweisen Fusionierung von Bund und BZ aus nächster Nähe erleben. Die TX Group (früher Tamedia) maximiert Profite mit Plattformen wie autoscout.ch oder tutti.ch, sorgt damit für eine hohe Dividende und presst gleichzeitig die journalistischen Angebote immer stärker aus. Dasselbe passiert über-

all in der Schweiz – aber auch international, wie eine lesenswerte Analyse der WOZ aufzeigt (woz.ch/-c074). Diese Politik der Verlegerfamilien wird durch die Digitalisierung und die damit verbundene Umleitung der Werbeausgaben zu den grossen Techkonzernen wie Google und Facebook verstärkt.

Staatliche Medienfinanzierung ist deshalb vor allem für kleine – auch nicht profitorientierte – journalistische Projekte wichtig, die keine superreichen Mäzen_innen haben. Hier hilft das Medienpaket – ein bisschen: Neben der Grundfinanzierung für sda und Ausbildung enthält es vor allem Fördergelder für Online-Medien und baut die Posttaxen-Verbilligung aus. Von letzterer profitieren manche Regionalzeitungen, die allerdings fast alle zu Grosskonzernen gehören.

Bei der Online-Förderung sieht es etwas anders aus: Internet-Medien, die gewisse Kriterien erfüllen, können mit bis zu 60% des Umsatzes unterstützt werden. Das neue Berner Medienprojekt «die Hauptstadt» erhofft sich etwa rund 200'000 Franken im Jahr und Journal B spricht von einer Stelle mehr, die der Verein dank dem neuen Gesetz schaffen könnte. Das sind gute Nachrichten für Bern: Mehr Journalist_innen, die Zeit haben, sich mit Lokalpolitik zu beschäftigen, machen die politische Debatte differenzierter und damit besser. Und damit steigen auch die Chancen, dass unsere Inhalte die Berner_innen erreichen.

Rahel Ruch, Co-Präsidentin GB



Staatliche Medienförderung kommt vor allem kleinen journalistischen Projekten zu Gute

Vorstösse | Erfolge

Bedingungsloses Grundeinkommen

• Erarbeitet von einer Gruppe Parlamentarier_innen, dem Verein Grundeinkommen und Wissenschaftler_innen wurde am 11. November 2021 die parlamentarische Initiative für einen Pilotversuch in der Stadt Bern zum bedingungslosen Grundeinkommen eingereicht. Im Rahmen des Pilotprojekts sollen 300 Stadtberner_innen während drei Jahren ein Grundeinkommen erhalten, 1800 Personen ohne Grundeinkommen werden als Vergleichsgruppe ebenfalls wissenschaftlich begleitet. Alle Personen werden in einer Mischung aus

gezielter Zuordnung und anschliessender Zufallsauswahl bestimmt. Die Kosten des Projekts werden auf neun Millionen Franken geschätzt.

Ziel ist es, konkrete Erfahrungen mit dem Grundeinkommen zu sammeln. Macht das Grundeinkommen die Menschen passiv oder setzt es Kapazitäten für neue Engagements frei? Und wie hoch soll ein Grundeinkommen sein?

Die vorberatende Kommission behandelt die Initiative; die Beratung im Stadtrat ist für 2022 geplant. Lea Bill, GB-Stadträtin, Co-Fraktionspräsidentin

UNBEQUEME Politik für unsere ZUKUNFT

Stimmrecht für alle Menschen, die hier wohnen?
Kantonal geregelt.
Burgergemeinde abschaffen?
Kantonal geregelt.
Eine Schule ohne Selektion?
Kantonal geregelt.
Verbot von Ölheizungen?

Diese Liste könnten wir lange weiterführen und diese Liste ist der Grund, warum wir als JA! alles geben, um diesen stockbürgerlichen Grossrat aufzumischen.

Kantonal geregelt.

Wir treten mit 19 Kandidierenden an.
Gemeinsam möchten wir einen Sitz erobern
und diesen mit unserer jungen, lauten, linken
Stimme füllen! Wir wollen unbequeme
Politik machen, unbequeme Fragen
stellen, bequeme Privilegien
bekämpfen und uns mit aller Kraft
für eine gerechte Welt einsetzen.

Einen Sitz zu gewinnen wird nicht einfach: Wir sind auf jede Stimme angewiesen!





Wer ist die JA!?

Die Junge Alternative JA! versteht sich nicht als gewöhnliche Partei, sondern als Plattform für junge Menschen in der Stadt Bern, die sich politisch engagieren wollen – auf der Strasse und im Parlament. Auf Demos, mit Aktionen, beim Unterschriften sammeln und mit unseren drei Sitzen im Stadtrat setzen wir uns für eine ökologische, bunte und solidarische Gesellschaft ein. Die JA! funktioniert basisdemokratisch und möglichst ohne Hierarchien. Sie ist Mitglied der Jungen Grünen Kanton Bern. www.jungealternative.ch





Sei dabei!

Individualbesteuerung: Wer gewinnt und wer verliert?

Wir beleuchten in einer Podiumsdiskussion gesellschaftliche und ökonomische Aspekte der Individualbesteuerung sowie deren Umsetzungsmöglichkeiten aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Im Gespräch mit Barbara Freiburghaus, David Gallusser, Natalie Imboden und Katharina Prelicz-Huber. Moderiert von Marina Bolzli.

1. Februar 2022, um 19:30 in der Sattlerei Bollwerk 35, 3011 Bern

Aktionswoche gegen Rassismus

Podiumsdiskussion organisiert von der AG Internationales und Migration im Rahmen der Aktionswoche gegen Rassismus.

25. März 2022, um 18:00 in der Progr-Stube Waisenhausplatz 30, 3011 Bern

Save the Date

Hier findest du die Daten für unsere nächsten Mitgliederversammlungen:

16. Februar 2022

07. April 2022

29. Juni 2022

24. August 2022

26. Oktober 2022

Mehr Informationen zu den jeweiligen Mitgliederversammlungen erhältst du über den GB-Mailverteiler und per Post. Du bist noch nicht Mitglied? Höchste Zeit, das zu ändern! Jetzt über www.gbbern.ch Mitglied werden.

Mach mit!

Werde aktiv und bringe deine Fragen und Ideen ein! Unsere Arbeitsgruppen und das Sekretariat freuen sich über deine Kontaktaufnahme.

AG Sozialpolitik

Kontakt: info.sozialpolitik@gbbern.ch

AG Frauenpolitik

Kontakt: info.frauenpolitik@gbbern.ch

AG Internationales und Migration

Kontakt: info.internationales@gbbern.ch

AG Bildung

Kontakt: info.bildung@gbbern.ch

AG Kommunikation

Kontakt: info.kommunikation@gbbern.ch

AG macht

Kontakt: info.macht@gbbern.ch

AG Ökologie

Kontakt: info.oekologie@gbbern.ch

AG Wohnen

Kontakt: info.wohnen@gbbern.ch

AG Finanzen

Kontakt: info.finanzen@gbbern.ch

AG Polizei

Kontakt: info.polizei@gbbern.ch

Kontakt Sekretariat

Geschäftsführerin: Jelena Filipovic Grünes Bündnis Stadt Bern Breitenrainstrasse 59, 3013 Bern, Postfach 2440, 3001 Bern, Tel. 031 301 82 09, info@gbbern, www.gbbern.ch www.facebook.com/GruenesBuendnisBern

PC-Konto: 30-37923-6. Merci!

Impressum:

Die Zeitschrift grün. für Mitglieder und Sympathisant_innen des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich.

Abo-Preis: 20 Franken.

Redaktion:

Andi Geu, Jelena Filipovic, Lisia Bürgi, Markus Heinzer, Milena Geiser, Stefan Dietiker Lektorat:

Christine Michel, Marius Christen, Markus Heinzer

Fotos:

Manu Friedrich, Ben Zumbühl, Gestaltung:

Fritz Bürki Druck:

Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern Redaktionsschluss

grün. Nr. 47: 22.03.2022

SCHLUSS •

Abstimmung: Verbesserungen in der Finanzpolitik



Regula Bühlmann, GB-Stadträtin, Co-Fraktionspräsidentin

Jeden November stimmen wir in Bern über das städtische Budget ab. Die wenigsten setzen sich wohl vertieft damit auseinander – zu trocken und unübersichtlich die Materie, zu gross der Aufwand, die relevanten Informationen zu schwierig zu finden. Und auch die Mitglieder des Stadtrats ächzen jedes Jahr, wenn sie den 600 Seiten dicken Wälzer studieren. Ausserdem sind die parlamentarischen Instrumente in Finanzfragen ungenügend: Anträge sind nur für das Budgetjahr möglich, auf die mittelfristige Planung kann der Stadtrat nur unverbindlich Einfluss nehmen. Dazu kommt eine vorbereitende Finanzdelegation, deren Mitglieder anhand eines komplexen Fraktions-Kommissions-Schlüssels auserkoren werden und deshalb kaum je wissen, ob sie nun den Partei- oder den Kommissionshut tragen - Finanzkompetenz ist jedenfalls kein Kriterium.

Die Revision der Gemeindeordnung, über die wir im Februar abstimmen, verspricht Besserung: Die Finanzdelegation soll durch eine Finanzkommission ersetzt werden, in der Stadträt_innen mit finanzpolitischem Interesse und Fachkenntnis sitzen. Die neue Finanzmotion ermöglicht es dem Parlament, die Anpassungen der mittelfristigen Finanzplanung verbindlich einzufordern. Nicht zuletzt soll das Budget entschlackt und übersichtlicher dargestellt werden. Die GB/JA!-Fraktion hat zu diesen Verbesserungen Ja gesagt. Die städtische Finanzpolitik wird damit zugänglicher und demokratischer.